

# Ende der EU-Agrarpolitik?

Europaabgeordnete  
Harms (Grüne):  
„Renationalisierung  
wäre die verkehrteste  
Reaktion“

VON KARL-FRIEDRICH KASSEL

Lüchow. Im Titel ging es um Dürre. Worüber die Teilnehmer einer Diskussion am Sonntag in Lüchow tatsächlich redeten, war die Zukunft der Landwirtschaft. Die wird neben dem Klima und den Interessen der Agrarindustrie vor allem von der Politik beeinflusst. Bisher geschieht das noch auf der Ebene der Europäischen Union. Ob das so bleibt, ist nicht so sicher. So sieht jedenfalls der Agrarexperte der Grünen im Europaparlament, Hannes Lorenzen, die Ausgangsbedingungen für den Haushalt der EU in den nächsten fünf Jahren. Im Zuge des durch Europa gehenden Zeitgeistes könnte es auch zu einer Renationalisierung der Agrarpolitik kommen, meinte er bei der Veranstaltung, zu der die Europaabgeordnete der Grünen, Rebecca Harms aus Dickfeitzten, eingeladen hatte.

Die EU-Kommission habe

dreimal mit Reformen Anläufe unternommen, die Landwirtschaft der Union vernünftig auszurichten, meinte Lorenzen. Für ihn bedeutet das: Die landwirtschaftliche Produktion muss aus dem ständigen Zwang zur Rationalisierung, zur Steigerung der Effektivität, herausgelöst werden. Produzieren, was die Technik hergibt, ist seiner Ansicht nach keine gute Perspektive. In den 1970er-Jahren wurde zum ersten Mal deutlich, dass die Maxime, alles rauszuholen aus Tieren und Pflanzen, Nebenwirkungen hat. Es folgte die erste EU-Agrarreform.

Beim nächsten Mal stand die Zukunft des ländlichen Raumes im Mittelpunkt, der unter dem ständigen Strukturwandel zu leiden hatte. Mit einer Regionalförderung, der sogenannten zweiten Säule der Agrarpolitik, sollte dem entgegengewirkt werden. Aber die Nationalstaaten, so Lorenzen, verwässerten die Reform bis zur Unkenntlichkeit. Der letzte Versuch einer Reform beschäftigte sich mit den Schäden, die unmittelbar aus der landwirtschaftlichen Produktion erwachsen könnten – etwa für Böden, Luft und Wasser. Die Folge war die Förderung eines „Greening“-Anteils an den Agrarfinanzen.

Jetzt habe die Kommission es offenbar aufgegeben, gemeinsame Regeln für die EU-Landwirtschaft aufzustellen. Es soll den Nationalstaaten überlassen bleiben, welche Mittel sie anwenden, welche Vorgaben sie ihrer Landwirtschaft machen. Das Ergebnis wird nach den Erwartungen des Grünen-Agrarexperten ein Unterbietungswettbewerb sein. Die Standards an Umwelt- und Naturschutzaufgaben würden sinken, ebenso die Finanzierung.

Bei der Frage nach den Gründen für die Klimakapriolen wird nach Ansicht der Grünen-Abgeordneten Harms vor allem die Landwirtschaft kritisiert. Das sei nicht angemessen, denn an den Klimaveränderungen seien alle beteiligt, Verbraucher wie Produzenten. Ähnlich sah es ihr Namensvetter Henning Harms. Der Vertreter des Bauernverbandes fand vieles schief bei der Kritik an den Klimaauswirkungen der Landwirtschaft. Die viel höheren Steigerungsraten bei Klimagasen durch die Schifffahrt, auch bei Kreuzschifffahrten, würden widerspruchslös hingenommen, meinte er. Grundlegende Änderungen kann es seiner Ansicht nach nur geben, wenn es ein radikales Umdenken beim Lebensstil gebe. Die Maxime beim Kon-

sum müsse lauten: Weniger ist mehr. Harms plädierte für die Halbierung des Fleischkonsums, allerdings zu fairen Preisen für die Erzeuger. „Eine grüne Rede“, fand Agrarexperte Lorenzen.

Für die Biolandwirtschaft hat die EU eher positive Wirkungen gehabt. Darin waren sich für die Vereinigungen Bioland und Neuland deren Vertreter am Podium, Heinrich Pothmer und Martin Schulz, einig. Bei Bauern und nationalen Politikern habe die Union immer als Prügelnabe erhalten müssen, meinte Pothmer. Aber die Einführung gemeinsamer Standards sei gut gewesen. Wie Henning Harms forderte Pothmer bessere Förderung von Grünland. Wiesen und Weiden gelten als CO<sub>2</sub>-Senken. In der Vergangenheit haben EU-Regeln eher dazu geführt, dass Grünland zu Acker umgebrochen wurde.

Unter europäischen Politikern gibt es nach Angaben von Rebecca Harms „ein großes Bewusstsein“ für den Zusammenhang von ländlicher Entwicklung und den politischen Tendenzen in verschiedenen Ländern. Die Stimmung auf dem Land sei tendenziell antieuropäischer als in den Städten. Der verkehrteste Weg wäre es jetzt, die Agrarpolitik zu renationalisieren.